

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 08. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin: Montag, den 23.01.2017

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:58 Uhr

Ort, Raum: großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

(Die protokollierte Tagesordnung beinhaltet die zu Beginn gefasste Änderung der Tagesordnung)

Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung findet eine Bürgerfragestunde statt. Ein Bürger erkundigt sich über den Sachstand der Mittelanmeldung für die Erneuerung der Beleuchtung in der Kegelbahn. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause kann die Frage nicht sofort beantworten und lässt die Anfrage ins Protokoll aufnehmen.

Die Bürgerfragestunde wird um 20:05 Uhr geschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz eröffnet die 8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde (am 13.01.2017) und mit 19 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Frau Stadtverordnete Heilmann beantragt die Überprüfung der Tagesordnung. Gem. § 11 der Geschäftsordnung müssen Anträge handschriftlich unterschrieben sein. Wenn die Unterschrift fehlt, ist dieser Antrag rechtsunwirksam und entspricht nicht der formellen Form. Somit sind die Tagesordnungspunkte 7,8,10,11,12,13,14,15 und 17, deren Anträge nicht handschriftlich unterschrieben sind, von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Stadtverordneter Käs beantragt den Tagesordnungspunkt 9 abzusetzen, da bereits ein Beschluss vom 22.02.2016 zu diesem Thema existiert.

Des Weiteren beantragt er den Tagesordnungspunkt 10 ebenfalls abzusetzen, da es sich hierbei um keinen Antrag der FW-Fraktion handelt, sondern lediglich um eine Äußerung zu Tagesordnungspunkt 9.

Als neuen Tagesordnungspunkt wäre lt. Herrn Stadtverordneten Käs aufzunehmen: Bericht zum Schulstandort Allendorf (Lumda), Clemens-Brentano-Europaschule, Außenstelle Allendorf (Lumda);

hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2016 zum Antrag der FW-Fraktion vom 26.01.2016.

Frau Stadtverordnete Henneberg beantragt die Anträge von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bzgl. des Berichtes über Klimakzept und den Klimaschutzmanager sowie auf Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses auf der Tagesordnung zu belassen.

Es ergibt sich eine rege Diskussion über die verschiedenen Anträge zur Änderung der Tagesordnung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Benz unterbricht die Sitzung um 20:45 Uhr. Nach Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit dem Stadtverordnetenvorsteher wird die Sitzung um 21:06 Uhr fortgesetzt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Benz nimmt die Tagesordnungspunkte 7,8,10,11,12,13,14,15 und 17 von der Tagesordnung und verweist die entsprechenden Anträge gem. § 11 Abs. 4 der Geschäftsordnung direkt in die Ausschüsse.

Die Fraktionsvorsitzenden sind damit einverstanden.

Frau Stadtverordnete Henneberg stellt den Dringlichkeitsantrag, dass die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses auf die Tagesordnung aufgenommen wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN über die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses auf die Tagesordnung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FWG, CDP, BfA/FDP
Nein-Stimmen:	7	SPD, CDU
Enthaltung:	3	BfA/FDP

Der Beschluss ist wegen fehlender 2/3-Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag des Stadtverordneten Käs über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9, sowie die Aufnahme des Tagesordnungspunktes Bericht zum Schulstandort Allendorf (Lumda) kommt nun zur Abstimmung. Frau Stadtverordnete Henneberg möchte, dass auch die Schuldezernentin Dr. Christiane Schmahl, hierzu eingeladen wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Tagesordnungspunkt 9 von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Des Weiteren beschließt die Stadtverordnetenversammlung den „Bericht zum Schulstandort Allendorf (Lumda); hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2016“ als neuen Tagesordnungspunkt 7 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Benz verliest die neue Tagesordnung.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 05.12.2016 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 08. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017

- TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
Vorlage: 20/201/2017
- TOP 2: Bericht über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe;
hier: Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 05.11.2016
Vorlage: 99/078/2016
- TOP 3: Initiativen zur Ansiedlung von altersgerechten bzw.
behindertengerechten Wohneinheiten in Allendorf (Lumda);
hier: Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 06.11.2016
Vorlage: 99/079/2016
- TOP 4: Antrag auf Einrichtung behindertengerechter Toiletten im BGH
Allendorf/Lumda;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/081/2016
- TOP 5: Erhöhung der Fraktionspauschale im Haushalt 2017;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/082/2016
- TOP 6: Weitere Pflasterung des Festplatzes in Allendorf (Lumda);
hier: Antrag der FW-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/083/2016

- TOP 7: Bericht zum Schulstandort Allendorf (Lumda), Clemens-Brentano-Europaschule, Außenstelle Allendorf (Lumda);
hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2016
- TOP 8: Teilnahme am Förderprogramm "Stadtumbau Hessen";
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.12.2016
Vorlage: 99/092/2017
- TOP 9: Schülerbeförderung;
hier: Antrag der FW-Fraktion vom 06.01.2017
Vorlage: 99/094/2017
- TOP 10: Anfragen und Mitteilungen
-

TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
Vorlage: 20/201/2017

Die Haushaltsrede von Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017 mit Anlagen wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 2: Bericht über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe;
hier: Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 05.11.2016
Vorlage: 99/078/2016**

Die Stadt Allendorf (Lumda) ist von der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung befreit.

**TOP 3: Initiativen zur Ansiedlung von altersgerechten bzw. behindertengerechten Wohneinheiten in Allendorf (Lumda);
hier: Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 06.11.2016
Vorlage: 99/079/2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 4: Antrag auf Einrichtung behindertengerechter Toiletten im BGH Allendorf/Lumda;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/081/2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 5: Erhöhung der Fraktionspauschale im Haushalt 2017;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/082/2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 6: Weitere Pflasterung des Festplatzes in Allendorf (Lumda);
hier: Antrag der FW-Fraktion vom 18.11.2016
Vorlage: 99/083/2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss und den Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 7: Bericht zum Schulstandort Allendorf (Lumda), Clemens-Brentano-Europaschule, Aussenstelle Allendorf (Lumda);
hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat zu einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen über die Entwicklung am Schulstandort zu berichten. Vertreter und Unterstützer des Schulstandortes, wie Schulleitung, Leiter der Außenstelle, Schulelternbeirat und Fördervereine sollten hierzu eingeladen werden, um für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Frau Dr. Christiane Schmahl, beim Landkreis Gießen zuständig für den Fachbereich Schule, Bauen, Sport und Abfallwirtschaft, sollte hierzu auch eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 8: Teilnahme am Förderprogramm "Stadtumbau Hessen";
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.12.2016
Vorlage: 99/092/2017**

Herr Stadtverordneter Käs regt an, dass der Magistrat im Vorfeld die Teilnahmevoraussetzungen prüft, damit den Ausschüssen entsprechende Informationen vorliegen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt die im Internet zu ersehenden Voraussetzungen zum Protokoll.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss und den Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 9: Schülerbeförderung;
hier: Antrag der FW-Fraktion vom 06.01.2017
Vorlage: 99/094/2017**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, hinsichtlich der geschilderten Vakanzen im Bereich der Schülerbeförderung aktiv im Sinne einer Unterstützung tätig zu werden.

Es ist über die Schulleitung der CBES, Außenstelle Allendorf, zu ermitteln, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten Schüler längere Wartezeiten hinsichtlich der Beförderung nach Schulende in Kauf nehmen müssen. Weiterhin ist zu prüfen, ob durch Anpassung der Unterrichtszeiten oder entsprechende Regelungen über den ÖPNV Verbesserungen geschaffen werden können. Die Schulleitung und der Schulträger sind zu hören und die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung zeitnah mitzuteilen.

Sofern sich vorgenannte Maßnahmen zur Verbesserung der Schülerbeförderung nicht realisieren lassen, ist zu prüfen, ob aus rechtlicher und praktischer Sicht der Einsatz des städtischen Citymobils eine Alternative darstellt und unter welchen Voraussetzungen der Einsatz möglich ist. Auch hierzu ist durch den Magistrat zeitnah zu unterrichten.

Sollten Verbesserungen der Schülerbeförderung durch die Schulleitung und den Schulträger kurzfristig nicht möglich sein, beantragen wir für eine befristete Zeit (Ablauf des Schuljahres), dass das Citymobil hier seinen Einsatz findet. Vorausgesetzt, dass rechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

TOP 10: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen:

- 1) Herr Stadtverordneter Schmidt stellt fest, dass die Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Allendorf (Lumda) und dem Verein für häusliche Alten- und Krankenpflege gekündigt ist und bisher noch keine neue Vereinbarung vorliegt. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Stadt eine Anfrage an den Hessischen Städte- und Gemeindebund diesbezüglich gestellt hat. Auch nach der Einbindung des Magistrates in den Vorgang, besonders ob die Schreiben vom 25.10. und 17.11.2016 an die Magistratsmitglieder ausgehändigt wurden, erkundigt er sich.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bestätigt dies. Der Hessische Städte- und Gemeindebund wurde zwecks einer rechtlichen Auskunft mit eingebunden, um eine zukünftige Nutzungsvereinbarung für beide Beteiligten rechtsicher zu gestalten.

Die Mitglieder des Magistrates haben die entsprechenden Unterlagen erhalten.

- 2) Herr Stadtverordneter Hofmann bezieht sich auf eine e-mail von Herrn Hauptamtsleiter Nickel bzgl. der Bürgerinformationsveranstaltung. Er fragt an, warum der Termin nicht mit dem Magistrat abgestimmt wurde. Auch möchte er wissen, warum der Termin nicht nach Feststellung der fehlenden Veröffentlichung in den Allendorfer Mitteilungen verschoben wurde.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass der Termin zu dieser Bürgerversammlung zum Thema „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ im, mit dem Stadtverordnetenvorsteher abgestimmten, Terminplan eingetragen war. Hausintern wurde zu diesem Termin eine Woche vorher eingeladen. Die Veröffentlichung ist beim Verlag für die Allendorfer Mitteilungen rechtzeitig eingegangen, wurde jedoch nicht veröffentlicht. Formell muss die Einberufung zur Bürgerversammlung eine Woche vor dem festgesetzten Termin unter Angabe von Zeit, Ort und Gegenstand durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Versehentlich wurde jedoch die Einberufung von der Redaktion der Allendorfer Mitteilungen in der Rabenauer Zeitung platziert. Damit war die formelle Voraussetzung für eine

Bürgerversammlung nach § 8 a Abs. 2 HGO nicht erfüllt. Damit die Bürgerinnen und Bürger dennoch über die Möglichkeiten der wiederkehrenden Straßenbeiträge unterrichtet werden konnten, wurde die Bürgerversammlung in eine Bürgerinformationsveranstaltung umgewandelt.

Der in dieser Ausgabe der Allendorfer Mitteilungen erschienene Artikel der SPD-Fraktion sollte nur ein Hinweis auf die Veranstaltung sein.

Der Termin wurde nicht verschoben, da Herr Haas aus der Gemeinde Buseck diesen Termin bereits zugesagt hatte und nicht verschieben konnte.

Als Bürgermeisterin hat sie dementsprechend zu einer Bürgerinformationsveranstaltung eingeladen.

Herr Stadtverordneter Hofmann fragt an, ob die SPD Ihren Antrag bzgl. der wiederkehrenden Straßenbeiträge nicht abändern sollte.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause stellt fest, dass ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vorliegt. Nach den Beratungen in den Ausschüssen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung.

- 3) Herr Stadtverordneter Hofmann erkundigt sich, ob die im Sitzungskalender eingetragenen Sitzungen des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses mit der Feuerwehr abgestimmt sind.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bestätigt, dass die am 30.01.2017 stattfindende Sitzung der Feuerwehr mitgeteilt wurde. Der vorliegende Haushalt ist umfangreicher als im letzten Jahr, da jetzt auch die Mittelanmeldung der Feuerwehr und die Planlisten (Zeile 13) Bestandteil des Haushaltes sind.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass zusätzliche Sitzungen mit der Feuerwehr, im Rahmen der Haushaltsberatungen, ein Wunsch der Stadtverordnetenversammlung und Beschlusslage in 2016 war.

Herr Hofmann bittet darum, die Feuerwehr nochmals über den Termin zu informieren. Derzeit gehen die Vertreter der Feuerwehr davon aus, dass ihnen Fragen gestellt werden.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bestätigt, dass dies auch so gewünscht war und die Feuerwehr sich entsprechend vorbereitet.

- 4) Herr Stadtverordneter Käs bestätigt, dass es der Wunsch des Parlamentes war, mit der Feuerwehr eine gesonderte Ausschusssitzung abzuhalten.
Wird bei der Einladung der Feuerwehr auch auf die Erläuterung der Planansätze hingewiesen?**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bescheinigt dem Stadtbrandinspektor, sowie seinem Stellvertreter die entsprechende Sachkenntnis, dass die entsprechenden Erläuterungen gegeben werden können.

Die Feuerwehr wird nochmals darauf hingewiesen werden.

- 5) Herr Stadtverordneter Krieb möchte zum Stichwort Klima wissen, ob sich Personen für den Energie-Scout beworben haben. Da der Sachbearbeiter beim Landkreis Gießen längere Zeit erkrankt war, fehlen entsprechende Informationen.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass Herr Uwe Krieb die Schulung zum Energie-Scout durchlaufen hat. Er wird der Öffentlichkeit in der Presse vorgestellt werden.

- 6) Herr Stadtverordneter Wißner hat zwei Anfragen. Erstens möchte er wissen, ob die Angebote für die Beschallungsanlage des Bürgerhauses eingeholt wurden. Des Weiteren erkundigt er sich, zu den Verhandlungen mit den Stadtwerken Gießen bzgl. einer E-Tankstelle.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass die entsprechenden Mittel zur Beschallungsanlage im Haushalt veranschlagt wurden. Es wurden auch Angebote eingeholt, die sich aber als teuer erwiesen haben.

Zur E-Tankstelle läuft eine Datenabfrage, wie viele eigene Fahrzeuge und wie viele Fahrzeuge von Bürgern diese nutzen würden. Die SWG sehen derzeit keine Notwendigkeit. Eine E-Tankstelle würde, nach jetzigem Stand, bei der Tankstelle der Fa. Esso Roth angesiedelt werden.

- 7) Frau Stadtverordnete Henneberg erkundigt sich nach dem Projekt 1.000 Ladesäulen im Landkreis Gießen. Gibt es hierzu nähere Erläuterungen?**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass das Projekt von der Firma Bender in Grünberg angestoßen wurde. Nähere Informationen können vorgelegt werden.

- 8) Nach den Informationen von Frau Stadtverordnete Henneberg hat es am 08.11.2016 ein Gespräch mit Herrn Kühnel vom Landkreis Gießen und der Bürgermeisterin zum Thema Klimaschutz gegeben.**

Das Gespräch hat mit Herrn Kühnel, der für den Masterplan 100% Klimaschutz im Landkreises Gießen eingestellt wurde, und weiteren Personen stattgefunden, lt. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause. Derzeit werden die Daten zusammengestellt.

- 9) Bezüglich des Sitzungskalenders möchte Herr Stadtverordneter Hofmann noch wissen, wie der Magistrat in nur 6 Sitzungen im 1. Halbjahr seine Arbeit erledigen kann.**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass es sich beim Sitzungskalender lediglich um einen Vorschlag handelt. Bei Bedarf können

selbstverständlich weitere Sitzungen anberaumt werden. Die bereits unter ihrem Vorgänger geübte Praxis hat sich als bewährt erwiesen.

Herr Stadtverordneter Hofmann fragt weiter an, ob die regelmäßige Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über die Magistratssitzungen bei der nächsten Tagesordnung mit aufgenommen werden kann.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt, dass die Fraktionsvorsitzenden die Beschlussprotokolle des Magistrates zugesandt bekommen. Selbstverständlich kann auch eine Berichterstattung gem. § 66 (2) HGO erfolgen.

Herr Stadtverordneter Rein verlässt die Sitzung um 22:55 Uhr.

Mitteilungen:

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt folgendes mit:

- 1) Die Resolution zur Abschaffung der Kindergartengebühren der FW auf Landesebene hat nicht die nötige Anzahl an Stimmen erhalten.
- 2) Über die Flüchtlingssituation und die Container Standorte in Allendorf (Lumda) ist zu bemerken, dass derzeit 57 Flüchtlinge in Allendorf (Lumda) untergebracht sind. Davon befinden sich 14 in Climbach, 31 in Allendorf und 12 in der Schlesischen Straße in Allendorf.
Im 1. Halbjahr 2018 sollen die Container zurückgebaut werden. Einige Familien und Einzelpersonen haben inzwischen private Wohnungen bezogen.

Allendorf (Lumda), den 27.01.2017

**(Stadtverordnetenvorsteher
Thomas Benz)
Vorsitzender**

**(Verwaltungsfachwirtin
Nicole Ommert)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnete Sandra Henneberg
Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz
Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann
Herr Stadtverordneter Jochen Schomber
Herr Stadtverordneter Lothar Hauk
Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko
Herr Stadtverordneten Stadtverordneter Jürgen Rein
Herr Stadtverordneter Gernot Schäfer

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb
Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt
Herr Stadtverordneter Thomas Stein
Herr Stadtverordneter Marcel Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Lothar Claar
Frau Stadtverordnete Sylke Schäfer
Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz
Herr Stadtverordneter Manfred Poschmann

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause
Herr Stadtrat Manfred Lotz
Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr 1. Stadtrat Udo Schomber
Frau Stadträtin Petra Sommerlad
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Schritfführer/in :

Frau Verwaltungsfachwirtin Nicole Ommert

Verwaltung :

Herr Haupt- und Personalamtsleiter Peter
Nickel
Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen
Rausch

entschuldigt fehlten:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Herr Stadtverordneter Christoph Poß

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Alexander Zientek
Herr Stadtverordneter Walter Diehl

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

Verwaltung :

Herr Bauamtsleiter Andreas Becker